

Sozialausgaben in Schweinfurt: Haushalt 2025 unter Druck!

Der Haushalt 2025 der Stadt Schweinfurt ist angespannt, mit sinkenden Ausgaben trotz steigender Sozialhilfebedürftigkeit.

Die finanziellen Sorgen der Stadt Schweinfurt sind größer denn je. Für das Jahr 2025 hat das Amt für soziale Leistungen einen straffen Haushalt aufgestellt, der mit 17,19 Millionen Euro an Ausgaben deutlich unter den üblichen Werten liegt. Dennoch steigt die Zahl der Menschen, die auf diese sozialen Leistungen angewiesen sind, weiterhin an. Amtsleiter Matthias Kreß erläuterte im Sozialausschuss die Herausforderungen, die bei der Aufstellung dieses Haushalts bewältigt werden mussten, um den sozialen Anforderungen möglichst gerecht zu werden.

Das Amt für soziale Leistungen hat eine breite Verantwortung, die unter anderem die Sozialhilfen, das Wohngeld, Hilfen für Asylbewerber sowie verschiedene Beratungsangebote abdeckt. Die Hauptlast der Ausgaben trägt die Sozialhilfe, welche unmittelbar von Bund und Land finanziert wird. Aktuell sind in Schweinfurt insgesamt 1.341 Personen auf Sozialhilfen angewiesen, ein Anstieg, der auf die demografische Entwicklung zurückzuführen ist: die Bevölkerung wird älter und immer mehr Senioren sind auf Grundsicherung angewiesen.

Zuwachs an Anträgen und Kosten im Gesundheitsbereich

In den letzten zwei Jahren hat sich die Kostenlast für gesundheitliche Hilfen qualifiziert erhöht. Die Ausgaben hier sind

von 342.000 Euro auf 684.500 Euro gestiegen, und für 2025 sind bereits weitere Kosten in Höhe von 842.000 Euro eingeplant. Ein Grund für diese Steigerung sind die ukrainischen Flüchtlinge, die mit schweren Erkrankungen in Deutschland ankommen und die durch den Sozialhilfedienst abgedeckt werden. Die Unterstützungszahlungen für diese Personen wirken sich ebenfalls auf die städtische Haushaltslage aus.

Parallel dazu hat die Wohngeldreform „Wohngeld Plus“ zu einem sprunghaften Anstieg bei den Anträgen geführt. Im Jahr 2022 wurden noch 789 Anträge bearbeitet, 2023 sind es hingegen bereits 1.153. Dies bringt eine Erhöhung der Kosten für den Mietzuschuss auf 2,3 Millionen Euro, während sie im vergangenen Jahr noch bei 1,3 Millionen Euro lagen. Diese Ausgaben werden jedoch zur Hälfte von Bund und Land getragen, was die Stadt finanziell entlastet. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit für einen Wohngeldantrag beträgt nur noch 17 Tage. Kreß betont, dass dies auch der „guten Arbeit“ seines Teams zu verdanken ist.

Die Situation der geflüchteten Menschen aus der Ukraine bleibt angespannt. Momentan leben 173 Geflüchtete in einer städtischen Notunterkunft, den Ledward Barracks. Die Unterbringung ist nicht immer unkompliziert, da es sowohl an Wohnraum als auch an der Bereitschaft der Flüchtlinge fehlt, in dauerhafte Unterkünfte umzuziehen. Eine positive Meldung aus dem Asylbereich ist jedoch, dass die seit Sommer 2023 eingeführte Bezahlkarte für Geflüchtete erfolgreich läuft und keine Probleme aufgetreten sind.

Für diejenigen, die Sozialhilfe oder Bürgergeld beziehen, bleibt es dabei, dass sie auch weiterhin vergünstigt den öffentlichen Nahverkehr nutzen können. Während die Stadtwerke in der nächsten Zeit auf bargeldlose Bezahlssysteme umstellen werden, gibt Kreß Entwarnung: Sozialausweis-Inhaber können auch künftig von den Ermäßigungen profitieren. Im Haushalt für 2025 sind pauschal 180.000 Euro als Defizitausgleich für die Stadtwerke eingeplant.

Der enge Haushalt des Amtes für soziale Leistungen stellt für die Zukunft eine besondere Herausforderung dar, insbesondere in Anbetracht der steigenden Nachfrage nach sozialen Dienstleistungen, die auch mit einer wachsenden und alternden Bevölkerung einhergeht. **Wie www.mainpost.de berichtet**, müssen die Verantwortlichen weiterhin kreative Lösungen finden, um den sozialen Bedürfnissen der Bevölkerung in dieser angespannten finanziellen Lage gerecht zu werden.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at